

EIN (SCHEIN-) FRIEDENS-PROZESS IN NAHOST

Frühwarnsystem

Während in den Politetagen der betroffenen Regierungen in Jerusalem, Ramallah, in Europa und USA an einem Friedensprozeß seit Jahrzehnten gearbeitet wird, stellte gerade in diesen Tagen der Inlandsgeheimdienst fest, daß Groß-Tel Aviv innerhalb von nur 90 Sekunden mit Raketen seitens der „Chamas“ und „Hisb-Allah“ getroffen werden könnte. Zurückzuführen ist die Reduzierung von zwei Minuten auf nunmehr 90 Sekunden auf akkuratere Langstreckenraketen der „Chamas“ und „Hisb-Allah“, die in zivilen Wohngebieten untergebracht wurden. Es blieben der Bevölkerung in Tel Aviv somit nur noch 90 Sekunden, um bei einem Angriff Luftschutzkeller aufzusuchen. Auch von einem „Iron Dome“ ist dabei die Rede, der als Schutzschirm die israelische Bevölkerung vor einem Überraschungsangriff schützen soll. Aber dieser Schutzschild ist noch nicht einsatzbereit, wie er über dem Atommeiler in Dimona seit Jahrzehnten existiert. Darüber hinaus müßten allein für Tel Aviv 13 bis 15 solche Raketenabwehr-Batterien installiert werden, um die Bewohner Tel Avivs halbwegs zu schützen.

Während Argentinien, der Hochburg von Nazi-Flüchtlingen, bereits einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 – also vor dem Sechs-Tage-Krieg – anerkannt hat; was Brasilien zuvor proklamierte, gedenkt Uruguay das Gleiche zu tun. Abgesehen davon, daß solch eine einseitige Akzeptanz eines Staates Palästina der „Road map“ widerspricht, würde dies einer Friedensregelung durch Verhandlungen zuwiderlaufen. Während die USA den beiden Parteien keinen

Frieden aufdrängen möchten, erklärte Palästinenserpräsident Machmud Abbas unmißverständlich, daß er weitere Friedensgespräche mit den Israelis ablehne, sofern das Moratorium zur Einstellung der Bautätigkeiten von Israel nicht verlängert würde. Vorbehalte gibt es auch gegen die Bezeichnung „jüdischer Staat“, anstatt schlicht und einfach „Staat Israel“, der den demokratischen Charakter verdeutlicht, anderenfalls es sich um einen rassistischen Staat handeln würde. Das palästinensische Kabinett erneuerte damit seine Ablehnung gegenüber einem rassistisch ausgerichteten Staat, der sich von seiner Religion her definiere, in Übereinstimmung mit den internationalen Gesetzen und Menschenrechtskonventionen.

Am 26. September war das zehntonatige Moratorium für einen Baustopp auf dem Gebiet des einst biblischen Judäa und Samarien abgelaufen. Schließlich definiert sich auch Deutschland nicht als „Christenstaat“, da nach Meinung der Palästinenser in einer Demokratie jedermann in seiner Religionsauffassung frei sei. Andererseits sind die palästinensischen Christen eine Minorität in der Westbank, die von den Muslimen diskriminiert werden, so daß eine große Fluktuation dafür gesorgt hat, daß das einst christliche Ramallah heutzutage fast völlig muslimisch und Bethlehem, ebenfalls einst rein christlich war, nur noch aus höchstens 20 Prozent Christen besteht. Zum Forderungskatalog der Palästinenser gehört auch der arabische Ostteil Jerusalems, der als Hauptstadt eines Palästina-Staates dienen soll. Auch ein Landtausch kommt für die Palästinenser nicht in Frage. „Illegale“ jüdische Siedler hätten auf palästi-

nenschem Gebiet nichts zu suchen. Ferner bestehen die Palästinenser auf dem Rückkehrrecht seiner Flüchtlinge. Amerikanische Zugeständnisse an die Anschrift Israels, die die palästinensischen Rechte beeinträchtigen und die Besatzung verlängern würde, lehnt die palästinensische Führung strikt ab. Eine Rückkehr an den Verhandlungstisch schließt eine völlige Einstellung des Siedlungsbaus auf ihrem Territorium ein. Nur vorläufige Grenzziehungen lehnt der Autonomierat der Palästinenser ebenfalls ab.

Die arabische Liga interveniert

Mitte Dezember 2010 trafen sich die Außenminister der Arabischen Liga in Cairo, wo einmütig beschlossen wurde, mit Israel keine Kontakte aufzunehmen zu wollen, ehe Israel seine offensive Siedlungspolitik auf palästinensischem Gebiet nicht einstelle. Israels Weigerung würde zur Folge haben, daß die Liga eine entsprechende Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erwirken würde, die Israel als Friedensstörer brandmarken soll. Die palästinensische Seite zeigt sich über die Haltung der amerikanischen Regierung enttäuscht, die Israel nicht ultimativ dazu auffordert, den Siedlungsbau einzustellen und sich auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 zurückzuziehen. Doch für Israels Premier Netanjahu ist diese einstige Grenze nicht verteidigungsfähig, weil sich das Territorium des zionistischen Staates auf der Höhe Netanjas auf 15 Kilometer verengen würde. Wir erinnern daran, daß Arafat einst im Jahre 1988 einen Staat Palästina deklarierte, der von zirka 100 Staaten anerkannt wurde.

Norwegen erklärte unterdessen die palästinensische Vertretung in Oslo zu einer diplomatischen Botschaft und rief noch für

das laufende Jahr 2011 zur Gründung eines Staates Palästina auf. Norwegens Außenminister Jonas Gahr Stoere gab dies offiziell in Anwesenheit des palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fajad bekannt.

Israels Außenminister Avigdor Lieberman seinerseits bezeichnete die palästinensische Autonomie-Behörde als illegitim, da sie über keine Legitimation verfüge. Nicht nur, daß sie die Wahlen zu Gunsten der rechtsradikalen „Chamas“ verlor, gäbe es darüber hinaus keine Garantie dafür, daß nicht eines Tages die Terror-Organisation „Chamas“ auch in der Westbank die Macht übernehmen könnte. Dann wären mit einem Schlag sämtliche Abkommen mit der Fatah-Regierung Abbas' null und nichtig. Israel befände sich dann in einer Zangen-situation, die es militanten Islamisten ermöglichen würde, aus kurzer Entfernung nicht nur Tel Aviv zu beschießen, sondern auch die Sicherheit des internationalen Ben-Gurion-Flughafens

massiv gefährden würde. Lieberman votiert für ein Rahmenabkommen mit den Palästinensern innerhalb eines Jahres, um in ein bis zwei Jahren zu einem Friedensabkommen zu gelangen. Dies würde sich auch wirtschaftlich für die Palästinenser auszahlen, nachdem ihr Bruttosozialprodukt von 13.000 \$ jährlich (in Israel beläuft sich das BSP auf 28.000 \$) die Marke von 20.000 \$ erreichen könnte. Dennoch sieht Lieberman in eine dunkle Zukunft, nachdem er erklärte: „Selbst wenn wir den Palästinensern Tel Aviv als Hauptstadt eines Palästinenserstaates offerierten und bis zu den Grenzen von 1947 (!) zurückkehrten, würden sie einen Grund finden, einen solchen Vertrag nicht zu unterzeichnen.“

Die Oppositionsführerin der „Kadima-Partei“, Zippi Livni, äußerte in einer Erklärung: „Netanjahu und seine Minister fügen den Interessen Israels einen strategischen Schaden zu. Netanjahu in seiner Schwäche erlaubt seinen Ministern, unsere nationa-

len Interessen zu schädigen und führt die Koalition angesichts der Nation in eine Lähmung und Hysterie.“

Zum Jahresende hatte Israel kurzzeitig den Siedlungsbau eingestellt. Doch auch Israels ultra-orthodoxer Bauminister Ariel Atias sieht kaum noch Chancen für einen neuerlichen Stopp des jüdischen Siedlungsbaus. Man habe diesen aus Rücksicht auf US-Präsident Barack Obama eingefroren, aber nach den Kongreßwahlen sei das Thema nun nicht mehr „relevant“, meint der SCHAS-Politiker. Die Freundschaft mit den USA sei zwar „sehr wichtig“, trotzdem habe seine Behörde die Erlaubnis für weitere 4000 neue Einheiten im Westjordanland und 238 in Jerusalem erteilt. Atias zeigte sich bewußt, daß die internationale Staatengemeinschaft einen Ausbau der Siedlungen auf dem Gebiet eines möglichen zukünftigen Palästinenserstaates ablehnt. Alle früheren Palästinensereführer seien trotzdem bereit gewesen zu



Der Bauminister der orthodoxen SCHAS-Partei Ariel Atias, leitet das Bauministerium in Israel. Namens der israelischen Regierung betreibt er den weiteren Ausbau der jüdischen Siedlungen in Jerusalem

verhandeln, obwohl die Siedlungen wuchsen, betonte der Minister. „Als die ehemalige Regierungspartei ‚Kadima‘ unter Ehud Olmert 10.000 Wohneinheiten gebaut hatte, beschwerte sich niemand.“ Machmud Abbas versuche mit seinen Vorbedingungen für Friedensverhandlungen nur Israel in die Knie zu zwingen. „Aber das wird niemals gelingen!“

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy überwarf sich bei einem Telefonat mit Israels Premier Netanjahu, nachdem dieser zunächst seine Teilnahme zu einer Konferenz mit dem Palästinenser Machmud Abbas am 31. Oktober des vergangenen Jahres in Paris zugesagt hatte. Nachdem jedoch Abbas zu dem Treffen Vorbedingungen stellte, sagte Netanjahu kurzerhand sein Kommen wieder ab, zumal Sarkozy Netanjahu zu überreden versuchte, das Moratorium zu einem Siedlungsstopp im Westjordanland zu verlängern.

Auch die Türkei meldete sich zu Wort, indem der türkische Nationalrat für Sicherheitsfragen die Politik Israels als eine Bedrohung der Türkei bezeichnete. Israels Politik würde dem Nationalrat zufolge die Sicherheit der ganzen Region destabilisieren, was zu einem Wettrüsten geführt habe. Die Türken monieren Israels Besatzungspolitik, insbesondere, was Jerusalem angeht. Israels angebliche Angriffslust gegenüber dem Libanon betrachtet man in Ankara auch als eine Bedrohung der Türkei. Hingegen sieht man Syrien, Bulgarien, Armenien und Georgien nicht als eine Bedrohung an. Iran spielt in Sicherheitsfragen nur die Rolle, sich an die Auflage einer atomwaffenfreien Zone zu halten. Präsident Abdullah Gul steht dem türkischen Sicherheitsrat vor. Im Turnus von fünf Jahren tritt dieses Gremium zusammen, um Sicherheitsfragen, die die Türkei betreffend, zu diskutieren.

Der Forderung eines Siedlungsstopps schloß sich auch der

britische Außenminister William Hague an, um dem Nahostfrieden eine Chance zu geben. Nur eine Zwei-Staaten-Lösung würde seiner Meinung nach Sicherheit und Frieden für Israelis und Palästinenser gleichermaßen bringen. Aber auch die Demarche der Briten prallt bei Netanjahu ab, zumal die orthodoxen Koalitionäre mit ihrem Austritt aus der Regierung gedroht haben, falls die Regierung sich auf ein weiteres Moratorium einließe.

Oppositionsführerin Zippi Livni fordert unterdessen von der Likud-Regierung, das Angebot aus Washington anzunehmen, ein zehnmonatiges Moratorium zu einem Siedlungsstopp zu beschließen. Anstatt seine Kabinettskollegen zur Raison zu bringen, lege Livni zufolge Netanjahu sich mit US-Präsident Obama an. „Was sind schon ein paar Gebäude gegenüber dem Wunsch nach Frieden des Volkes“, meint Livni. Demgegenüber wirft ihr der LIKUD vor, nicht an Israels Sicherheitsbedürfnisse zu denken, weil sie die UN-Resolution Nr. 1701 des Sicherheitsrates akzeptiert habe, die der „Hisb-Allah“ die Möglichkeit gab, sich für den Zweiten Libanonfeldzug zu rüsten.

Die Rolle Rußlands im Nahostpoker

Rußlands Präsident Dimitri Medvedev traf sich kürzlich mit Palästinenserpräsident Abbas – in Jericho, der ältesten Stadt der Welt, dort, wo unter Josua die Hebräer das „verheißene Land“ betraten und dort, wo der Heiland von Johannes dem Täufer getauft wurde. Und gerade an diesem denkwürdigen Platz versicherte Rußlands Präsident erneut, daß Rußland seit dem Jahre 1988 einen unabhängigen Staat „Palästina“ mit Ostjerusalem als Hauptstadt in den Grenzen von 1967 anerkenne. Dies ist ein Schlag ins Gesicht von Ne-

tanjahu und vor allem von Israels Außenminister Lieberman, der als ehemaliger Russe sich mit seinen besonderen Beziehungen zu der Führung im Kreml brüstet. Nur wegen eines Streiks der Mitarbeiter im israelischen Außenministerium sagte Medvedev seinen Besuch in Jerusalem kurzerhand ab.

Medvedev schreckt auch vor Tiefschlägen nicht zurück, als er anlässlich seines Besuches in Damaskus ausgerechnet den Chamas-Topterroristen Chaled Mascha'al traf, obschon kurz zuvor Lieberman Moskau besucht hatte. Die Haltung der jetzigen Moskauer Führung unterscheidet sich in ihrer Außenpolitik nicht von der in Sowjetzeiten. Rußland sucht weiterhin seinen Einfluß in den arabischen Staaten zu vergrößern, um damit auch den Einfluß der USA zu mindern und seine modernen Waffen zu exportieren. Wir erinnern, daß schon vor 22 Jahren die Sowjetunion einen Palästinenserstaat anerkannt hatte. Es war jene Zeit, wo das haschemitische Königreich Jordanien unter der Herrschaft von König Hussein seinen Anspruch auf die Westbank aufgab, und der palästinensische Nationalrat in Algier seine Unabhängigkeitserklärung verkündete.

Nachdem Rußland Teil des Quartetts gemeinsam mit den USA, der EU und Deutschlands ist, werden Entscheidungen im Wege der Konsensbildung getroffen. Hiernach und für den Rest der Welt lautet die „Friedensformel“ die Gründung eines Palästinenserstaates in anerkannten Grenzen von 1967, also noch vor dem Sechs-Tage-Krieg, den Israel so euphorisch gefeiert hat. Damals lebte ich bereits in Israel und betete am 21. Mai 1967 zuvor bei meinem ersten Besuch in Jerusalem auf dem Zionsberg, daß der Ewige entsprechend seiner Verheißungen auch den Rest des einstigen israelitischen Staates an sein Volk zurück geben möge.

Daß dies drei Wochen später der Fall sein würde, hätte ich niemals zu träumen gewagt. Doch ich war mir damals schon darüber im Klaren, daß Israels Sieg zwar von Gott geschenkt wurde, aber die Frucht dieses Sieges wieder aus ihren Händen entgleiten wird, weil – Israel diesen fulminanten Sieg sich selbst zuschrieb. Ich höre heute noch das Triumphgetöse von der schlagkräftigsten Armee der Welt und dem besten Geheimdienst. Doch die Ehre gab man nicht demjenigen, der die Geschicke Israels von Anfang gelenkt hat: dem Gott unserer Väter. Auch daran erkennt man, daß sich Gott die Ehre nicht aus der Hand nehmen läßt und derer spottet, die nur nach eigenem Ruhm streben, wie man dies vor allem bei den Politikern beobachten muß. Doch die Antwort des HERRN ist unmißverständlich in Psalm 2 wiedergegeben.

In einem Leitartikel der Zeitung HAARETZ (19.01.2011) fragt der Verfasser Akiva Eldar wohl zu Recht, welcher europäische Staat sich diesem Trend anschließen wird, nachdem auch die Bundeskanzlerin Merkel sich für eine Zwei-Staaten-Lösung ausgesprochen hat. Aber man bedenkt dabei nicht, daß Israel mit solchen Zugeständnissen an die Palästinenser schlechte Erfahrungen gemacht hat, als der Hardliner Ariel Scharon als Zeichen guten Willens sogar die jüdischen Siedlungen im Gazastreifen aufgab, wo sich dann schließlich die „Chamas“-Terrororganisation etablierte, die daraufhin aus lauter „Dankbarkeit“ Israel nun schon seit neun Jahren mit Qassam-Raketen beschießt.

Es liegt somit auf der Hand, daß Israel ohnehin nur mit einem Teilgebiet der Palästinenser verhandeln könnte, weil es mit der „Chamas“ keine Verhandlungsgrundlage gibt, nachdem dieses faschistoide Regime Israel nicht einmal anerkennt und seine Vernichtung plant. Und was Mach-

mud Abbas in der Westbank angeht, so steht außer Frage, daß sich Israel schon aus sicherheitspolitischen Gründen nicht zu den Grenzen von 1967 zurückziehen kann und Jerusalem erneut teilt in einen palästinensischen und einen israelischen Teil, womöglich mit Grenzkontrollen wie zu Zeiten der jordanischen Herrschaft vor dem Sechs-Tage-Krieg. Somit kann nur ein Kompromiß zu einer Lösung führen, was die Fatach von Machmud Abbas jedoch nicht zuläßt. So sind beide Fronten verhärtet, und Israel diesen Verhandlungsstillstand zum Ausbau weiterer jüdischer Siedlungen auf eben diesem palästinensischen Territorium nutzt, was nach internationalem Recht allerdings unstatthaft ist.

Es war einst der gravierende Fehler von Yassir Arafat, sich damals anlässlich des „Camp-David II“-Abkommens unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton einer 93-prozentigen Rückgabe dieser Gebiete von Ehud Barak nicht einverstanden erklärte. Nun sind mit der Administration von Benjamin Netanjahu die Karten neu gemischt, zumal seine orthodoxen Koalitionäre ein „Groß-Israel“ anstreben, obschon sich damit Israel insgesamt drei Millionen Feinde ins eigene Land holen würde.

Netanjahus Kabinettsumbildung

Nun stellt sich die Frage, ob die USA im UN-Sicherheitsrat die Siedlungspolitik der Israelis verurteilen und sich damit auf die Seite Rußlands und all der anderen Verweigerungsstaaten stellen oder sich mit einem VETO weiterhin vor Israel stellen wird. Sei es wie es sei, Israel bewegt sich weiterhin in eine „splendid isolation“ in der Weltgemeinschaft zu, nachdem Verteidigungsminister Ehud Barak die Arbeiterpartei verlassen und eine neue Partei namens „Atzma'ut“ (Unabhängig-

keit) gründete. Da er mit Netanjahu LIKUD-Partei koalierte, bleibt er weiterhin Verteidigungsminister. Sein Parteigenosse Schalom Simhon folgte ihm, und gilt als der neue Minister für Infrastruktur, wobei der bisherige Ressortchef in diesem Ministerium, Benjamin Ben-Elieser, nunmehr keine politische Rolle mehr spielt. Der ehemalige General Matan Vilnai gehört gleichfalls zu den Überläufern und löst Avischai Braverman als Minister für Minderheiten im Lande ab. Braverman wäre gut beraten gewesen, Präsident der Ben-Gurion-Universität in Beer-Scheva zu bleiben, anstatt in die Politik überzuwechseln. Die bisherige Awoda-Abgeordnete (Arbeiterpartei) Orit Noked gehört nun auch als neue Landwirtschaftsministerin dem Kabinet Netanjahu an. Netanjahu übernimmt zusätzlich das Sozialministerium, das bislang Isaac Herzog leitete. Die neue „Atzma'ut“-Partei verfügt über fünf Abgeordnete. Die Arbeiterpartei hingegen ist nur noch mit acht Parlamentariern in der Knesset vertreten.

Der Coup des Ehud Barak

Die beiden Kumpel vom Militär haben ganz im Stillen diesen politischen Deal ausgehandelt. Barak war ohnehin in seiner Partei umstritten, so daß dieser Parteiwechsel schon längst anstand. Barak, der sich gern mit Ben-Gurion und Ariel Scharon vergleicht, ist ein Karrierist, der sich in seiner Kleinwüchsigkeit wohl bald mit Napoleon vergleichen wird. Netanjahu Mehrheit im Parlament schrumpfte von 74 auf 66 Sitze zusammen. Zwar gibt sich Barak als moderate Stimme Netanjahus aus, aber in Wahrheit hat sein Übertritt Netanjahu LIKUD einen weiteren Rechtsruck verliehen. Insofern rettete mit seinem Schritt Barak den Regierungschef. Sollte noch der vorbestrafte orthodoxe Arie Deri mit seinen Absichten,



Der altneue Verteidigungsminister Ehud Barak vergleicht sich mit Staatsgründer David Ben-Gurion

ebenfalls eine eigene Partei zu gründen, der Koalition beitreten, dann hat ein Frieden in absehbarer Zeit keine Chancen. Auch in der Menschenrechtsfrage ist mit keiner Besserung für die Minderheiten im Lande zu rechnen. Dafür werden die religiösen Koalitionäre, „SCHAS“ und die „Torah-Judaismus-Partei“ sorgen. Israels Linke ist durch diese neue Entwicklung geschwächt. Die Zeichen stehen auf Sturm und Livni isoliert, auch wenn sie bei den letzten Wahlen mehr Stimmen gewann als ihr Gegenspieler Netanjahu. So bleibt der Friedensprozeß mit den Palästinensern eine Utopie, denn für direkte Verhandlungen mit den Palästinensern sowie für Israels Existenzrecht gibt es keinen Ersatz. Immerhin sprechen die Araber noch immer den Juden ihre Wurzeln im Lande Zion ab.

Außenminister Lieberman stellte in Hinblick auf die Position der Europäer gegenüber Israel klar: „In Europa gibt es ein Burka-Verbot (Frankreich) und ein Minarett-Gesetz (Schweiz) und niemand regt sich darüber auf. Ich schlage keine solchen Gesetze für Israel vor, aber im Mittleren Osten überlebt nicht der Schwa-

che, sondern nur der Starke!“

Die dubiose Rolle der Kirche

Für den Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Fuad Twal, ist die Besatzung für beide Seiten von Übel. Diese Auffassung vertrat der Katholik gegenüber Korrespondenten des Vatikans. Er wünscht sich in dem Interview, daß die Menschen in der Westbank ein normales Leben führen können, ohne Kontrollen ihren Arbeitsplatz aufsuchen und ohne Diskriminierung zum internationalen Flughafen fahren können. Der Patriarch bedenkt jedoch nicht, daß nach jahrzehntelangen Terroranschlägen der Staat Israel ein gesteigertes Sicherheitsbedürfnis hat. Würde es keine sol-

chen heimtückischen Anschläge auf Busse und Passanten gegeben haben, hätte sich Israel auch nicht veranlaßt gesehen, eine kostspielige Mauer zwischen Israel und den Palästinensergebieten zu errichten. Diese betrachtet auch der Papst Benedikt XVI. als größtes Hindernis für eine Friedenslösung.

Auch der Exodus der palästinensischen Christen ins Ausland wird Israel angelastet; doch in Wahrheit fliehen die wenigen Christen aus ihrer Heimat, weil sie von den Muslimen in den Palästinensergebieten diskriminiert und verfolgt werden. Denn überall dort, wo Muslime die Majorität bilden, setzen sie ihre Glaubens- und Rechtsauffassung skrupellos durch. Aus dieser Entwicklung sollten deutsche Politiker und Klerikale etwas lernen, anstatt Thilo Sarrazin und seine Frau zu verteufeln, die auf den wachsenden Einfluß des Islam in Deutschland hinweisen. Welch eine Torheit, was man schon als ein Gericht Gottes am deutschen Volke sehen muß. Fast drohend erklärt der Lateinische Patriarch, daß er auch bereit sei, in einer einheitlichen Demokratie mit dem Recht für die Palästinenser auf Wahlen zu leben. Wörtlich meint er weiter: „Wir werden dann se-



Der Lateinische Patriarch Fuad Twal: Die Besatzung ist ein Übel für Palästinenser und Israelis gleichermaßen

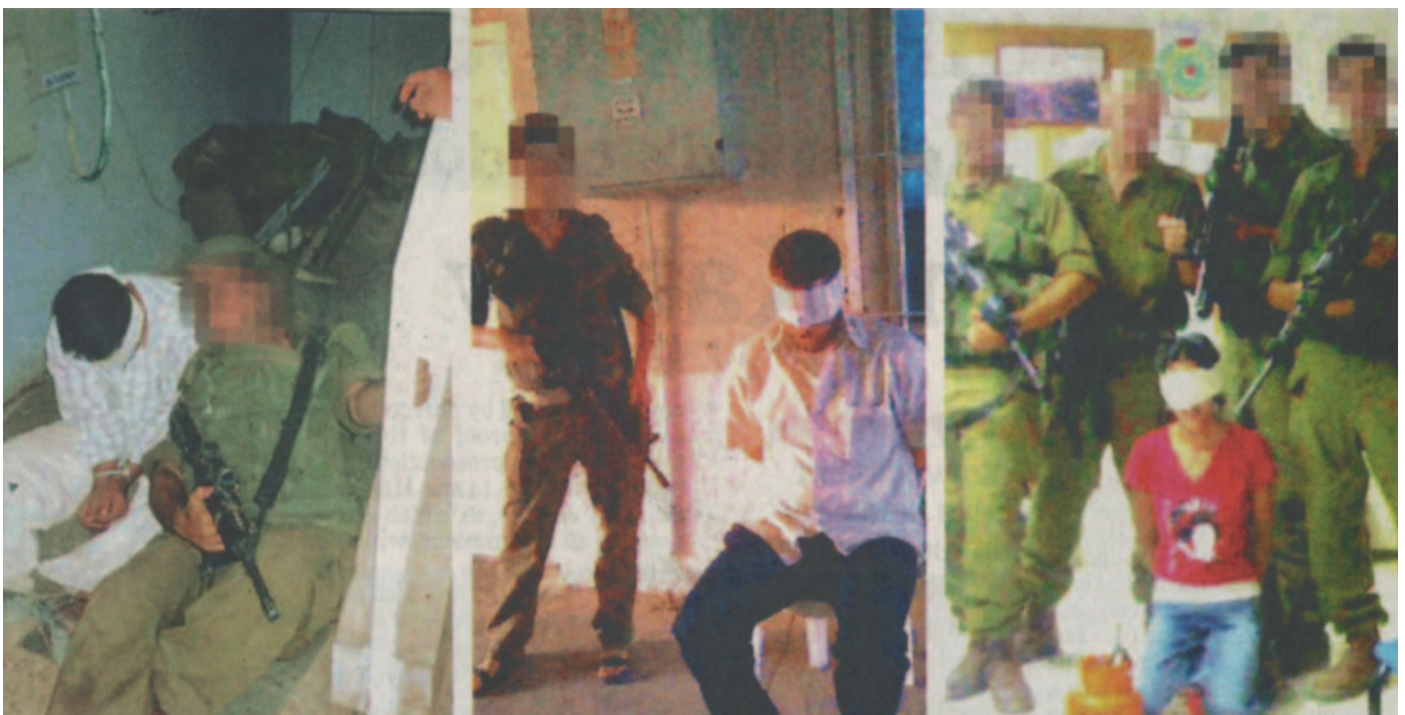
hen, ob ja oder nicht dieser Zustand dann für Israel eine größere Herausforderung wäre als eine Zwei-Staaten-Lösung“. Und in der Tat fürchtet der Judenstaat nichts mehr als eine Überfremdung durch die hohen Geburtenzahlen bei den Israelo-Arabern. Wenn sich also die Kirchen zunehmend auf die Ökumene und den Dialog mit anderen Religionen einlassen, müssen sie damit rechnen, daß das jüdisch-christliche Erbe im Abendland verwässert und schließlich ausgelöscht sein wird. Mehr noch: die wenigen Glaubenschristen müßten dann mit der Verfolgung nicht nur durch den vermeintlichen Rechtsstaat rechnen, sondern auch seitens der treulosen Kirchenvertreter. Das sind zweifellos trübe Aussichten, die man als ein Gericht Gottes verstehen sollte. Denn überall dort, wo das Versöhnungsblut unseres Messias Jeschua (Jesus) mit Füßen getreten wird, kann es nur im Gericht enden!

Es wird keinen Siedlungsstopp mehr geben

Noch im Dezember vergangenen Jahres erklärte Premier Netanjahu unmißverständlich, daß es kein Einfrieren des Siedlungsbaus mehr geben wird und brachte mit seinen markigen Worten die gesamte Staatengemeinschaft gegen sich auf. Derweil liegen Baugenehmigungen von Hunderten neuer Häuser in den Palästinensergebieten vor. Es liegt auf der Hand, daß Frieden in Nahost nur möglich ist durch direkte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern. Einseitige Aktionen, wie auch die Ausrufung eines Palästinenserstaates ohne den Konsens Israels führen zu keinem Frieden. Aber der wilde Siedlungsbau der Israelis auf palästinensischem Gebiet wird als ein solch einseitiger Schritt gewertet, vor Ort vollendete Tatsachen schaffen zu wollen. Da keine Seite zu Konzessionen bereit ist, bleibt es bei nur einem Scheinfriedensprozeß. Die Größe des ursprünglichen Staates Israel erlaubt gar keine Konzessionen

in der territorialen Frage, zumal Israel seit seinem Bestehen nur schlechte Erfahrungen mit seinen arabischen Nachbarn hatte. Die Zerfleischung zweier Israelis in Ramallah durch den palästinensischen Mob ist noch gut im Gedächtnis der Israelis verhaftet. Daher handelt es sich hier um eine Kain-Abel-Konstellation. Möglicherweise dient der erste Brudermord als Paradigma für diesen Bruderkrieg zwischen Israeliten und Ismaeliten. Hätte Abraham an die Verheißung geglaubt, anstatt ihr durch die ägyptische Magd Hagar vorzugreifen, gäbe es das ganze Problem nicht. Doch diese Überlegungen sind müßig angesichts der heutigen Realitäten.

Da auch die arabischen Friedensinitiativen vom Jahre 2002 und 2007 durch den saudischen König Abdullah II. wegen der überspannten Forderungen mit entsprechenden Vorbedingungen gegenüber Israel nicht fruchteten, bleibt es beim jetzigen Zustand. Israelische Übergriffe gegenüber palästinensischen Häftlingen sorgen zusätzlich für ein Klima des Hasses und der Unver-



Übergriffe demütigender Art von israelischen Soldaten gegenüber palästinensischen Gefangenen sind kein Ruhmesblatt für die Reputation des israelischen Militärs. Solche Fotos gingen durch die Welt



Der greise Mentor der sephardisch-orthodoxen SCHAS-Partei, Rabbi Ovadia Joseph, verwünschte die Palästinenser, indem er ihnen Plagen und Tod wünschte

söhnlichkeit. Der SCHAS-Mentor, Ovadia Joseph, wünschte sogar öffentlich, daß Gott Plagen über die Palästinenser schicken möge, einschließlich Todesflüche für Machmud Abbas. Von solchen unheiligen Wünschen mußte sich selbst Netanjahu distanzieren, aber trennte sich bis heute nicht von seinem Koalitionspartner SCHAS. Im Gegenzug sprach der palästinensische Verhandlungsführer, Saeb Erekat, von einem Aufruf zum Genozid. Der arabische Knessetabgeordnete (Balad-Partei), Jamal Zahalka, forderte daher Israels Generalstaatsanwalt, Jehuda Weinstein, auf, ein Strafverfahren gegen den greisen 90-jährigen Rabbi Joseph einzuleiten, der sich in seiner Funktion als Vorsitzender der „Torah-Weisen“ so unweise verhält. Solche Akklamationen sind ein Mißbrauch der Meinungs- und Redefreiheit. Auch in Deutschland wird Volksverhetzung bestraft. Würde ein muslimischer Führer sich in gleicher Weise in Israel gegenüber der jüdischen Bevölkerung äußern, wäre ihm eine exemplarische Gefängnisstrafe sicher. Der Rabbi Joseph indes genießt in Israel Narrenfreiheit – und Israels Politiker, wie der Innenminister Eli Ischaj,

küssen ihm noch die Hand.

Auch der sephardische Haupttrabbiner Schlomo Amar bezeichnete den Siedlungsbau sogar an jüdischen Feiertagen, wo eigentlich nicht gearbeitet werden darf, als eine „mizva“ (gute Tat). Eine Räumung jüdischer Siedlungen, wie einst im ägyptischen Jamit oder im Gazastreifen, ist in der Westbank nicht

mehr denkbar. Für einen solchen Fall drohten die Siedler mit einem Bürgerkrieg gegen Netanjahu. In deutlichen Worten erklärte der Vorsitzende des regionalen Siedlungsrates für Samarien, Gerschon Mesika, daß ein Siedlungsstopp einer Kriegserklärung gleich käme. Jedweder Kompromiß in dieser vitalen Frage wäre eine Kapitulation. Gleichzeitig wurde von dem Siedlerkomitee festgestellt, daß Ariel und Beth El keine amerikanischen Städte wären, über die US-Präsident Obama das Mandat habe, darüber zu verhandeln. Daher erklärte Netanjahu gegenüber dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, daß er gar keine andere Wahl habe, als den Siedlungsbau auf palästinensischem Boden fortzusetzen.

Jüdische Siedler beeilen sich zur Eroberung einstigen biblischen Landes

Wer kann sie noch aufhalten, die Siedler in der Westbank? Seit Jahren sind sie dazu übergegangen, in einer Leichtbauweise,



Michal Brandt lebt mit Ehemann Igal und drei Kindern in dem Außenposten Havat Jair. Das Haus ist in Leichtbauweise gebaut

ähnlich der Barackenhäuser in den USA und Canada, sich sozusagen im Eilverfahren Häuser schnell und billig zu errichten. Mobile Häuser halten nur einige wenige Jahre; darüber hinaus sind sie zu heiß in den Sommermonaten und zu eng für kinderreiche Familien. Kostenpunkt für ein Haus aus Holz oder Stahl beläuft sich auf 200.000 Schekel (z.Zt. 42.000 Euro). In zwei Monaten ist ein solches Haus errichtet. Igal Brandt, 29, lebt in Havat Jair in Samarien mit seiner Frau und drei Kindern. 33 Familien haben sich dort inzwischen angesiedelt. Ihre Behausung hat 80 Quadratmeter Wohnfläche, wobei der Quadratmeter 2.000 Schekel kostet. Steuervergünstigungen der Regierung fördern den Siedlungsbau.

Unterdessen verwarf Premier Netanjahu US-Garantien im Austausch mit einem Siedlungsstopp. Die US-Regierung gab noch im Dezember vergangenen Jahres laut Medienberichten ihre fruchtlosen Bemühungen auf, Israel zu einem neuen Baustopp von 90 Tagen zu bewegen. Die Palästinenserführung reagierte verärgert. Sie kündigte an, die internationale Gemeinschaft um Hilfe bei der Gründung eines unabhängigen Staates zu bitten, auch wenn die israelische Regierung routinemäßig mitteilte, sich weiterhin um einen historischen Frieden mit den Palästinensern verpflichtet zu fühlen. Damit dürften die Vermittlungsversuche der Amerikaner ein Ende gefunden haben. Es ist davon auszugehen, daß die jüdische Lobby in den USA Obama dazu bewegt hat, wobei er auf die Wählerstimmen der einflußreichen und finanzkräftigen jüdischen Lobby angewiesen ist.

In einem Interview vertrat der palästinensische Premierminister, Salam Fajad, seine Auffassung mit den Worten: „Wir befreien uns selbst, wenn wir die Standhaftigkeit unserer Leute för-

dern, ihre Fähigkeit durchzuhalten, zu überleben, hier zu bleiben und nicht wegzulaufen. 50.000 Palästinenser haben allein 2006 und 2007 das Land verlassen. Warum? Weil in unseren Autonomiegebieten die Gesetzlosigkeit die Oberhand gewann. Wenn man will, daß die Menschen bleiben, müssen sie Zugang zur Bildung und zum Gesundheitssystem haben.“ Doch sie brauchen auch Arbeit und ein Einkommen, das viele Palästinenser beim Bau der jüdischen Siedlungen verdienen. Fajad betont, daß er „unseren Palästinenserstaat“ gründen will, was freilich nicht ohne den Gazastreifen und Ostjerusalem geht. Für ihn besteht kein Zweifel daran, daß im Sommer 2007 die „Chamas“ die Macht gewaltsam übernahm. Wie also kann sie da Legitimation für sich beanspruchen?

Israel hätte es leicht, sich gegen eine einseitige Friedenslösung mit den Palästinensern auszusprechen und als Grund dafür zu nennen, daß nicht einmal die Palästinenser unter sich einig sind, wenn man bedenkt, daß sich die radikal-islamische „Chamas“ feindlich gegenüber der „Fatach“ in der Westbank verhält. Mit wem sollte also Israel verhandeln? Es wäre eine wichtige Entwicklung, wenn beide palästinensischen Fraktionen übereinkommen würden, daß Waffen zum Geltungsbereich des Staates (Westbank) gehören. Die Entscheidung, wer an der Macht ist, müßte dann demokratisch mit Hilfe von Wahlen geklärt werden, wobei Fajad offensichtlich dabei vergaß, daß bei den letzten Wahlen die „Chamas“ und nicht die „Fatach“ gewonnen hatte. Und dies ist auch der Knackpunkt für die Israelis, wenn bei erneuten Wahlen auch in der Westbank die „Chamas“ gewinnen würde, und damit Israel mit einem Verhandlungspartner zu tun hätte, der seine Vernichtung zum Ziele hat. Da helfen auch keine „road

map“ oder sonstige Friedenspläne hinweg, wenn sich Israel nicht zuverlässig auf eine palästinensische Friedensbereitschaft verlassen kann. Denn Risiken kann sich Israel um seiner Sicherheit willen nicht erlauben.

Wie sieht die Zukunft aus?

Wie es jetzt mit den Friedensverhandlungen weitergeht, ist unklar. US-Außenministerin Hillary Clinton werde möglicherweise in einer Rede vor dem Brookings-Institut einen neuen Vorschlag unterbreiten, schreibt die „New York Times“, was bedeuten könnte, daß die US-Regierung zu indirekten Friedensgesprächen zurückkehren will. Seit drei Jahren hatten sich die Amerikaner für einen Baustopp eingesetzt – vergeblich, da es allzu viele Unwegsamkeiten und Fragezeichen gibt und weil die Administration von Machmud Abbas keine Sicherheitsgarantien abgeben kann, sofern die militante Islamisten-Partei „Chamas“ nicht auch zu solchen Verhandlungen hinzugezogen wird. Aber Israel wird sich nicht mit einer solchen Islamistenpartei an einen Tisch setzen, solange diese Israels Existenzrecht ablehnt.

Die ganze Entwicklung im Nahen Osten nähert sich der Verheißung aus Sacharja Kapitel 12,3, wo es ausdrücklich heißt, daß Gott selbst mit dem Zankapfel „Jerusalem“, was auch für den ganzen Staat Israel gilt, einen „Even ma-amassah“ (Laststein) unter alle Völker legt, wobei all jene politischen Führer, die zu eigenem Ruhm und aus eigener Kraft einen Frieden in Zion erreichen wollen, scheitern müssen, weil dies Angelegenheit Gottes (dawar JeHoVaH) ist, wie man unschwer aus Jes. 2,2-5 entnehmen kann. Und mit diesem provokativen Programm wird die Friedensfrage um den Staat Israel zu einer „Giftschale“ (hebr.: saf ra'al) für alle Völker, die umher



Die Baumeister des Friedens von rechts: Ägyptens Präsident Hosni Mubarak, Israels Premier Netanjahu, US-Präsident Barack Obama, Palästinenserpräsident Machmud Abbas und Jordaniens König Abdullah II. in Washington. So legitim ihre Friedensbemühungen sind, werden sie dennoch scheitern, wie sie bislang auch bei ihren Vorgängern gescheitert sind. Denn der wahre Friedensbringer ist nach Jesaja 9,5-6 der wiederkommende Jeschua, der allein und exklusiv der "sar-schalom", der Welt Friedensbringer ist

sind (Sach. 12,2). Und im Vers 9 heißt es dann weiter, wenn der HERR Israel als sein Volk wieder

angenommen haben wird, daß „zu dieser Zeit“ (hebr.: ba-jom hahu) alle Völker vertilgt werden,

die gegen Israel gezogen sind. Mit dieser Bezeichnung ist der Gerichtstag Gottes gemeint. Überhaupt findet man bei Sacharja eine Anhäufung des Begriffs „Jom hahu“, wie in Sach. 13,1 oder 14,8. Die christlichen Kirchenvertreter, die von Eschatologie keine Ahnung haben, werden dabei das gleiche Schicksal erleiden wie die Politiker, die noch weniger Ahnung von diesen Zusammenhängen haben. Aber derjenige, der seit Jahrtausenden seine Verheißungen durch die hebräischen Propheten verkündigt hat, ist in der Lage, diese zu seiner von ihm dafür festgesetzten Zeit (griech.: kairos) zu erfüllen, wie wir an der Renaissance eines Staatswesens Israel erkennen können. Von allen Religionen dieser Welt gibt es kein vergleichbares heiliges Buch, von Gott inspiriert, als die uns vorliegende Bibel. Somit gibt es auch keinen Anlaß zur Bibelkritik, weil sich das Wort Gottes unserem intellektuellen Dafürhalten entzieht. Wir dürfen somit gespannt sein, wie sich im Nahen Osten die politische Entwicklung als erfüllte Prophetie weiterhin entwickelt.

Klaus Mosche Pütz

NEUE KASSETTEN/ CD

erhältlich bei

Frau Ingrid Kuntze, Vielohweg 160, 22455 Hamburg,

Tel.: 040 - 5 52 22 30, Fax-Nr.: 040 - 53 20 62 70

Preis pro Kassette: = 4,00 €, zzgl. Versandkosten

Preis pro CD: = 2,50 €, zzgl. Versandkosten

313	Gottes Treue gegenüber Israels Berufung als Zeichen der Endzeit	23.01.2011
314	Die gegenwärtige Not Israels	24.01.2011
315	Auswirkungen der endzeitlichen Entwicklung (2 CD's)	25.01.2011
316	Der Tag des Herrn nach Maleachi 3,1f.	26.01.2011

Ab sofort sind alle vorhandenen Kassetten auch als CD erhältlich!